

Planzeichenerklärung / Legende

Art und Maß der baulichen Nutzung, Bauweise

max. Anzahl Vollgeschosse

Grundflächenzahl als Höchstmaß

Abweichende Bauweise (§ 22 Abs. 4 BauNVO)

FD Flachdach

WD Walmdach ZD

Zeltdach

DN 28° maximale zulässige Dachneigung

Oberkante Gebäude als Höchstmaß in Metern OK 145.5 m üNN

Füllschema der Nutzungsschablone

Teilgebiet Grundflächenzahl (GRZ) offene Bauweise maximale zulässige Dachneigung Dachformen

Überbaubare Grundstücksfläche

Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO)

Abgrenzung unterschiedlicher Geschosszahlen bzw. Gebäudehöhen

Verkehrsflächen

Ein- und Ausfahrtsbereich (als Festsetzung)

Sonstige Planzeichen

TGa St

Umgrenzung von Flächen für Tiefgaragen

Umgrenzung von Flächen für Stellplätzen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (nach § 9 Abs. 7 BauGB)

 $\rightarrow \rightarrow \rightarrow \rightarrow \rightarrow$

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen (§ 1 Abs. 4 BauGB, § 16 Abs. 5 BauNVO)

12.00 8.00

Maße in Metern (als Hinweis)

FW Zufahrt für Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge (als Hinweis)

Flurstücke mit Flurstücksnummer



bestehende Gebäude

Höhenlinien (bezogen auf NN)

Textliche Festsetzungen

Die Stadt Neckarsteinach erlässt aufgrund

§§ 2, 9 und 10 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBI. I S. 2414), das zuletzt durch Art. 1 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057) geändert worden ist, in Verbindung mit der Hessischen Bauordnung (HBO) in der Fassung vom 15. Januar 2011 (GVBI. I S. 46, 180), mit der letzten Änderung vom 15. Dezember 2016 (GVBI. S. 294)

den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Altersgerechtes Wohnen und Pflegeheim" (3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 17 "Am Leimenbuckel") als Satzung.

Es gilt die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO), neugefasst durch Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBI. I S. 132), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBI. I S. 1057)

§ 1 Art der baulichen Nutzung

(1) Im Teilgebiet "Pflegeheim" sind folgende Nutzungen zulässig:

• Pflegeheim mit den zugehörigen Neben- und Außenanlagen.

(2) Im Teilgebiet "Stadtvillen" sind folgende Nutzungen zulässig:

Wohnnutzung

• Räume für freie Berufe

zugehörige Neben- und Außenanlagen.

(3) Im gesamten Plangebiet sind die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe zulässig.

§ 2 Bauweise

(1) Im Teilgebiet "Stadtvillen" wird eine offene Bauweise festgesetzt, mit der Abweichung, dass Gebäude nur bis zu einer Länge von 26 m zulässig sind.

(2) Im Teilgebiet "Pflegeheim" wird eine offene Bauweise festgesetzt, mit der Abweichung, dass Gebäude länger als 50 m zulässig sind.

§ 3 Stellplätze, Garagen, Carports und deren Zufahrten

(1) Stellplätze sind innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und den eigens dafür festgesetzten Flächen zulässig.

(2) Die festgesetzten Ein- und Ausfahrtsbereiche gelten für die Gemeinschaftsparkanlagen, wie Tiefgaragen. Einzelne oberirdische Stellplätze können separat von der öffentlichen Straßenverkehrsfläche angefahren

§ 4 Flächen für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf

Bei der Errichtung von Wohngebäuden im Teilgebiet "Stadtvillen" sind mindestens 50 Prozent der Geschossfläche für Wohnungen für alte oder behinderte Menschen zu verwenden. Die betreffenden Wohnungen müssen ohne die Benutzung von Treppen zugänglich sein und eine rollstuhlgerechte Grundrissorganisation und Wohnungsausstattung aufweisen.

Alle anderen Wohnungen müssen ohne die Benutzung von Treppen zugänglich sein.

Nebenanlagen und Einrichtungen im Sinne des § 14 BauNVO sind bis zu einer Größe von 50 m² je Teilbereich auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

§ 6 Maßnahmen zum Schutz von Boden, Natur und Landschaft

(1) Das anfallende Niederschlagswasser ist auf dem Grundstück zu sammeln und gedrosselt in die vorhandenen

(2) Das anfallende Drainagewasser ist direkt bzw. mittels Sickerschächten zu versickern.

§ 7 Immissionsschutz

Zur Abwehr von erhöhten Verkehrslärmimmissionen von der Bundesstraße B37/45 und den umliegenden Straßen, der Bahnlinie Heidelberg-Eberbach und der Schifffahrt auf dem Neckar sind Schallschutzvorkehrungen zu treffen.

(1) Im Plangebiet sind schutzbedürftige Aufenthaltsräume auf den von der Bahnlinie abgewandten Gebäudeseiten anzuordnen.

(2) Aufenthaltsräume im Sinne des Absatzes 1 sind solche nach DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau Anforderungen und Nachweise" vom November 1989 (AllMBI 1991, S. 220, 248) mit Änderungen vom Januar

(3) Soweit sich dies nicht ermöglichen lässt, sind Gebäude an den Außenbauteilen durch baulichen Schallschutz gemäß DIN 4109 (Schallschutzfenster und/oder Außenbauteile mit entsprechendem Schallmaß) gegen Verkehrslärmeinwirkungen zu schützen. Die erforderliche Luftschalldämmung der Außenbauteile von Aufenthaltsräumen ist entsprechend der dargestellten Außenlärmsituation zu erbringen. Die nachfolgende Tabelle gibt die Anforderungen an die Außenbauteile von Gebäuden wieder. Die erforderlichen Schalldämmmaße sind in Abhängigkeit von der Raumnutzungsart und Raumgröße auf Basis der DIN 4109 zu ermitteln.

Nächtlicher Lärmpegel gemäße Anlage 2.1 zum Schall- gutachten in dB(A)	Lärmpegel- bereich gemäß Tabelle 8 der DIN 4109	Bettenräume in Krankenanstalten und Sanatorien	Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungs-räumen in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume und Ähnliches	Büroräume und Ähnliches
		erf.R'w, res des Au	rf.R´w, res des Außenbauteils in dB	
48 – 52	111	40	35	30
53 – 57	IV	45	40	35
58 – 62	V	50	45	40

Schalldämm-Maße nach DIN 4109 vom Nov. 1989, Tab. 8

Übersteigt der nächtliche Lärmpegel die in Tabelle 8 angegebenen Werte, sind Sonderkonstruktionen

(4) In den in der Nacht zum Schlafen genutzten Aufenthaltsräumen sind schallgedämmte Lüfter oder gleichwertige Maßnahmen bautechnischer Art einzubauen, die eine ausreichende Belüftung der Räume gewährleisten. Hinweis: Der Nachweis der Anforderungen an die Luftschalldämmung bei gleichzeitiger Belüftung der

(5) Ausnahmsweise kann davon abgewichen werden, wenn durch konkrete bauliche Schallschutzmaßnahmen, wie z.B. vorgelagerte Wintergärten, verglaste Loggien oder vergleichbare Schallschutzmaßnahmen und Schallschutzkonstruktionen im belüfteten Zustand sichergestellt wird, dass vor den Fenstern der Aufenthaltsräume der Beurteilungspegel des Verkehrslärms einen Wert von 49 dB(A) in der Nacht nicht

schutzbedürftigen Räume ist mit den Bauvorlagen durch ein qualifiziertes Gutachten zu erbringen

(6) Für den Teilbereich "Stadtvillen" wird festgesetzt, dass die Wohnnutzung sowie andere Nutzungen mit schutzbedürftigen Aufenthaltsräumen erst aufgenommen werden dürfen, wenn das Gebäude im Teilgebiet "Pflegeheim" mit einer Oberkante von mindestens 144 m ü NN im nördlichen Teil und 147 m ü NN im südlichen Teil errichtet wurde.

§ 8 Örtliche Bauvorschriften

(1) Im Planbereich sind Dachaufbauten außer für technische Anlagen unzulässig. Diese dürfen maximal 10 % der

Dachaufbauten sind einzuhausen und mindestens um das Maß ihrer Höhe von der Außenkante des darunter liegenden Geschosses abzurücken. Dies gilt nicht für Aufzugsüberfahrten. (2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten nicht für Photovoltaikanlagen. Diese dürfen bis zu 40 % der

Dachflächen einnehmen. (3) Zur öffentlichen Verkehrsfläche hin sind senkrecht gegliederte Einfriedungen oder Mauern bis zu einer Höhe von

1,60 m zulässig. Abweichend hiervon ist die Erhaltung und Sanierung der Stützmauer entlang der Friedrich-Ebert-Straße ohne Höhenänderung zulässig. (4) An seitlichen Grundstücksgrenzen sind Einfriedungen bis zu einer Höhe von 1,20 m zulässig. Drahtzäune sind

(5) Zwischen den Teilbereichen "Stadtvillen" und "Pflegeheim" sind durchgehende Einzäunungen unzulässig. Zulässig ist die Einzäunung von Teilbereichen, bspw. für besondere Personengruppen des Pflegeheims.

(6) Bei der Errichtung von Einfriedungen sind durchlaufende Sockel nicht zulässig. Darüber hinaus ist zwischen Zaununterkante und Boden ein Abstand von mindestens 10 cm einzuhalten.

§ 9 Grünordnung

(1) Nicht befestigte Freiflächen sind als Rasen- oder Wiesenfläche zu begrünen oder gärtnerisch zu gestalten.

(2) Dächer von Gebäuden, die als Flachdächer ausgeführt sind, sind auf mind. 70% der Dachfläche mit einer extensiven Dachbegrünung auszuführen. Die Vegetationstragschicht muss mindestens 10 cm stark sein. Die Ausführung einschichtiger Bauweisen ist nicht zulässig. Dies ist bereits bei Statik und Konstruktion zu berücksichtigen. Dies gilt nicht für Gebäude, deren Grundfläche kleiner als 20 m² ist.

(3) Die Vegetationsschicht für Grünflächen über Tiefgaragen bzw. unterbauten Flächen muss mindestens 60 cm stark sein. Die Grünflächen sind gärtnerisch anzulegen und auf Dauer zu unterhalten.

(4) Ebenerdige private Stellplätze sind mit behindertengerechtem Belang herzustellen. Das Niederschlagswasser ist seitlich zur Versickerung zu bringen, soweit Belange und Erfordernisse des technischen Umweltschutzes nicht entgegenstehen.

§ 10 Pflanzliste

Juglans regia Pyrus calleryana 'Chanticleer Stadt-Birne Vogel-Kirsche Prunus avium Sorbus aucuparia Eberesche Acer campestre Feld-Ahorn Acer platanoides Spitzahorn

Malus domestica z.B. 'Brettacher', 'Jakob Fischer', 'Goldparmäne', 'Neckartaler', 'Wöbers Rambour'

Pyrus communis

z.B. 'Gute Graue', 'Highland, 'Pastorenbirne

Prunus domestica Hauszwetschge z.B. 'Bühler Frühzwetsche', 'Große Grüne Reneklode, 'Hauszwetsche' in Typen

Rosa canina Zweigriffliger Weißdorn Gewöhnlicher Liguster Acer campestre Sambucus nigra Gewöhnliche Heckenkirsche Corylus avellana Viburnum opulus Comus sanguinea Felsenbirne Hunds-Rose Crataegus laevigata Feld-Ahorn Schwarzer Holunder Gemeiner Schneebal

Folgende Qualitäten und Mindestgrößen werden festgesetzt:

Haselnuss

Roter Hartriegel

Mindestgrößen und Qualitäten Güteklasse A, B Deutscher Baumschulen

Bäume/Hochstämme

mindestens 3 x verpflanzt mit Ballen

Stammumfang 16-18 (Obstbäume 12-14)

Höhe 60-100/100-150 cm, 2 x verpflanzt, 1 Stück pro 1,5 m2

Ligustrum vulgare

Lonicera xylosteum

Der Bebauungsplan tritt mit der Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft. Gleichzeitig treten frühere planungsrechtliche Festsetzungen und örtliche Bauvorschriften, die diesem Bebauungsplan entsprechen oder widersprechen, außer Kraft.

Hinweise

· Bei allen Baumaßnahmen, die einen Eingriff in den Boden erfordern, ist auf organoleptische Auffälligkeiten des Untergrundes zu achten. Werden solche festgestellt, die auf das Vorhandensein von schädlichen Bodenveränderungen oder Altlasten hinweisen, ist unverzüglich die zuständige Bodenschutzbehörde zu

· Die Einhaltung der artenschutzrechtlichen Verbote (derzeit verankert in § 44 Bundesnaturschutzgesetz) ist bei der Umsetzung des Bebauungsplanes und auch bei späteren Um- und Anbaumaßnahmen sowie Gebäudeabrissen zu beachten.

· Da das Plangebiet ein möglicher Lebensraum für Reptilien ist und nicht auszuschließen ist, dass eine Besiedlung durch geschützte Arten erfolgt, sollte vor Baubeginn eine Kontrolle durch eine fachlich qualifizierte Person vorgenommen werden.

· Wenn bei Erdbauarbeiten Bodendenkmäler oder Fundgegenstände entdeckt werden, sind diese nach § 21 HDSchG unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Archäologische Denkmal}pflege, oder der Unteren Denkmalschutzbehörde zu melden. Funde und Fundstellen sind in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen.

· Die der Planung zugrunde liegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse und DIN-Vorschriften) werden bei der Stadt Neckarsteinach, Abteilung Bauen, Umwelt, Technik im Rathaus, Hauptstraße 7 zu jedermanns Einsicht bereit gehalten.

Verfahrensvermerke

wurde um Stellungnahme bis zum 23.06.2017 gebeten.

und Anregungen zur Planung bis zum 23.06.2017 abzugeben sind.

Der Beschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 17 "Am Leimenbuckel" ist nach § 13a BauGB von der Stadtverordnetenversammlung Neckarsteinach am 18.07.2016 getroffen worden.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde in der Zeit vom 01.08.2016 bis einschließlich 09.09.2016

Der Entwurf ist von der Stadtverordnetenversammlung am 06.03.2017 gebilligt worden. Der Entwurf mit der Begründung wurde vom 23.03.2017 bis einschließlich 28.04.2017 öffentlich ausgelegt.

Die Stadt hat zum Entwurf die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit Anschreiben vom 09.03.2017 eingeholt. Es wurde um Äußerung bis zum 21.04.2017 gebeten.

Der geänderte Entwurf wurde der betroffenen Öffentlichkeit wurde mit Schreiben vom 12.06.2017 beteiligt. Es

Betroffene Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange wurden gemäß § 4a Abs. 3 BauGB mit Schreiben bzw. E-Mail vom 12.06.2017 erneut beteiligt. Es wurde darauf hingewiesen, dass Stellungnahmen

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 24.02. 2017 die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 17 "Am Leimenbuckel" als Satzung beschlossen



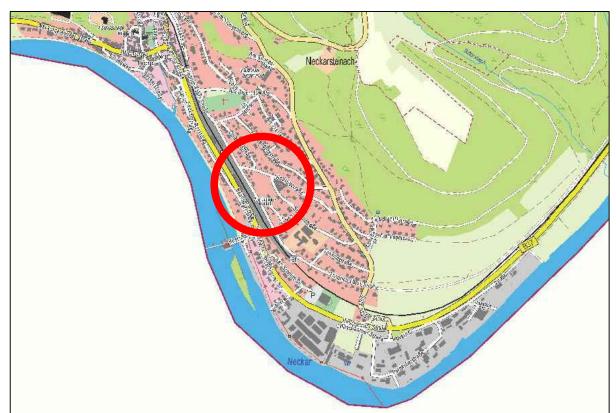
Die vorliegende Bebauungsplanänderung entspricht in ihrem textlichen und zeichnerischen Inhalt der am 24.07. 2017 beschlossenen Fassung.



Der Satzungsbeschluss wurde am Q2.Q1. 2017 öffentlich bekannt gemacht. Die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 17 "Am Leimenbuckel" ist damit in Kraft getreten.



Stadt Neckarsteinach Kreis Bergstraße



Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Altersgerechtes Wohnen und Pflegeheim" mit integriertem Vorhabenund Erschließungsplan (3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 17 "Am Leimenbuckel")

- Satzungsfassung -



Tel.: 0911/310427-10

Fax: 0911/310427-61

Nürnberg, den 26.06.2017 Bearbeitung: KD, SG